

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GFL/EVP (Rania Bahnan Buechi, GFL): Auszeit für Kinder aus dem Gaza-Streifen

In der Stadtratssitzung vom 2. April 2009 wurde das folgende Dringliche Postulat Fraktion GFL/EVP erheblich erklärt, die Stellungnahme des Gemeinderats als Prüfungsbericht jedoch abgelehnt:

Die militärischen Angriffe Israels auf die Zivilbevölkerung im Gazastreifen hatte eine tragische Auswirkung auf tausende von Familien. Von den 4'000 Menschen, die verletzt worden sind, sind ein viertel Kinder, viele mit schweren Verletzungen. Hunderte von Kindern sind auch Waisen geworden. Das Gaza Zentrum fair Community Health rechnet damit, dass die Hälfte von den Kinder in Gaza circa 350'000 eine Form von posttraumatische Stress-Störung entwickeln wird. Dieses Ausmass von bestehenden und zukünftigen medizinischen und psychologischen Problemen kann nur mit grosser internationalen Unterstützung bewältigt werden.

Die medizinischen und psychologischen Einrichtungen in Gaza können das Ausmass dieser Katastrophe nicht auffangen. Die Kinder in Gaza wissen wahrscheinlich schon gar nicht mehr, dass es ein Zusammenleben ohne Waffengewalt geben kann. Es ist wichtig, den Kindern friedliche Lebensmodelle zu zeigen, vor allem aber müssen sie gesund gepflegt werden und sie brauchen gleichzeitig eine gute psychologische Betreuung aufgrund der traumatischen Ereignisse. Palästinensische Kinder hatten nie die Möglichkeit, das „Gaza-Gefängnis“ zu verlassen, darum benötigen diese Kinder ein internationales Engagement. Kinder können hier in der Schweiz in einer friedlichen Umgebung besser gepflegt werden als in einer Umgebung ohne funktionierende Infrastruktur und möglicherweise weiteren Auseinandersetzungen. Bestehende Organisationen sind im Gazastreifen total überlastet. Die Schweiz ist dank ihrer langen humanitären Tradition prädestiniert, eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Der Aufenthalt in der Schweiz soll nicht länger als notwendig dauern und es sollen Institutionen miteinbezogen werden, welche Erfahrung in der Betreuung von Kindern aus fremden Kulturen haben, wie z.B. das Pestalozzidorf in Trogen.

Der Gemeinderat wird ersucht zu prüfen:

1. ob eine Gruppe von schwer verletzten und traumatisierten Kindern zusammen mit einer adäquaten Gruppe von betreuenden Personen in die Schweiz in die Stadt Bern gebracht werden kann, damit die Kinder hier in einer friedlichen Umgebung gesund gepflegt werden können.
2. ob das IKRK bereit ist, in Zusammenarbeit mit dem Roten Halbmond und palästinensischen Medizinalpersonen die Auswahl zu treffen.

Das Postulat wird als dringlich erklärt, weil die Not so gross ist, dass rasches Handeln zwingend ist. Verzögerung in der Behandlung kann zu lebenslänglicher physischer und psychischer Behinderung führen. Speziell Schrappnelverletzungen und Verbrennungen brauchen eine spezialisierte und medizintechnisch hochstehende Behandlung in spezialisierten Institutionen.

Bern, 29. Januar 2009

Postulat Fraktion GFL/EVP (Rania Bahnan Buechi, GFL), Martin Trachsel, Barbara Streit-Stettler, Sue Elsener, Daniela Lutz, Daniel Klauser, Peter Künzler, Conradin Conzetti, Anna Magdalena Linder, Erik Mozsa, Aline Trede, Patrizia Mordini, Anne Wegmüller, Hasim Sancar, Christine Michel, Lea Bill, Natalie Imboden, Cristina Anliker-Mansour, Giovanna Battagliero, Ursula Marti, Rithy Chheng, Gisela Vollmer, Nicola von Greyerz, Andreas Flückiger, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Michael Aebersold, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Ruedi Keller, Rolf Schuler, Dolores Dana, Christoph Zimmerli, Vinzenz Bartolome

Bericht des Gemeinderats

Der Gaza-Streifen ist ein Gebiet, das von Armut, Gewalt und Konflikten geprägt ist. Die Auswirkungen der Kriegshandlungen sind für die Bevölkerung, insbesondere für die Kinder nach wie vor katastrophal. Unbestritten ist weiterhin, dass für die Bewältigung der Situation umfangreiche internationale humanitäre Hilfe und Unterstützung nötig sind.

Die Stadt hat Abklärungen zur aktuellen Situation und zu Projekten der Schweiz sowie einschlägiger Hilfswerke gemacht. Die Schweiz zeigt mit ihrem Engagement im Gaza-Streifen seit langem ihre traditionelle humanitäre und finanzielle Hilfe. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit des Bundes (DEZA) unterstützt verschiedene Organisationen wie die United Nations Relief and Works Agency (UNRWA), das World Food Programm (WFP), das UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) oder Terre des Hommes (TdH). Das DEZA stellt Ressourcen und Hilfe zur Verfügung, um die Grundbildung und die Gesundheitsversorgung zu sichern, um die Soforthilfe und die Verteilung von Grundnahrungsmitteln zu gewähren und um die Kinder mit verschiedenen Programmen adäquat zu unterstützen.

Organisationen wie das IKRK setzen sich mit grossem Engagement und viel Erfahrung dafür ein, die Lebensbedingungen der gesamten Gaza-Bevölkerung zu verbessern, die negativen Folgen der Konflikte und des Kriegs zu mildern und den Frieden und die Menschenrechte im Gebiet zu fördern. Sie tragen mit längerfristigen Strategien und Plänen für die Sanierung zum Wiederaufbau im Gaza-Streifen bei. Ebenso leisten Projekte von Schweizer Organisationen wie beispielsweise cfd (christlicher Friedensdienst), Terre des Hommes (TdH) und HEKS (Hilfswerk der evangelischen Kirchen Schweiz) in Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen im Gaza-Streifen psychologische und psychosoziale Hilfe, um das Nachkriegstrauma von Kindern und Eltern zu mildern. Alle Projekte haben neben der Soforthilfe und der Unterstützung zur Konfliktlösung den gesellschaftlichen Wandel und die Stärkung der Zivilgesellschaft zum Ziel. Die Schweiz ist also mit verschiedenen Organisationen und Projekten vor Ort präsent und bietet auch finanzielle Unterstützung.

Der Gemeinderat ist nach wie vor der Auffassung, dass es nicht Aufgabe einer Gemeinde sein kann, Hilfsprojekte für Kinder aus dem Gaza-Streifen zu initiieren. Dies gehört auf die nationale Ebene. Die Stadt verfügt weder über die nötigen technischen und finanziellen Mittel noch über die Erfahrung und die Beziehungen, welche notwendig sind, um eine effiziente, fachlich einwandfreie und koordinierte Hilfe anbieten zu können. Der Gemeinderat vertritt die Meinung, dass auf lange Zeit angelegte Projekte von erfahrenen Organisationen nachhaltiger und effektiver sind, als kurzfristige Aktionen. Es ist auch wenig sinnvoll, dem Bund und den Hilfswerken die Unterstützung der Stadt anzubieten, wenn diese keine konkreten Angebote machen und namhafte Ressourcen zur Verfügung stellen kann. Selbstverständlich ist der Gemeinderat bereit, bei einer direkten Anfrage seitens Bund oder Hilfsorganisationen im Rah-

men seiner Möglichkeiten konkrete Unterstützung anzubieten. Bislang ist eine solche Anfrage nicht erfolgt.

Gestützt auf die obigen Ausführungen erachtet es der Gemeinderat als weder sinnvoll noch nachhaltig, eigene Projekte zu initiieren oder vorzuschlagen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die finanziellen und personellen Auswirkungen lassen sich nicht abschätzen, wären aber wohl hoch. Die benötigten finanziellen und personellen Mittel müssten zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Die benötigte Infrastruktur fehlt.

Bern, 31. März 2010

Der Gemeinderat